



Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Köln

85
G 1294

Amtsblatt-Abo online
Info unter
<http://www.boehm.de/amsblatt>

Herausgeber: Bezirksregierung Köln

194. Jahrgang

Köln, 17. März 2014

Nummer 11

Inhaltsangabe:

B Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

158. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz im Regierungsbezirk Detmold Seite 85
159. Vermessungsgenehmigung II / Erteilung Dipl.-Ing. Horst Müller / Vermessungstechniker Manfred Otto Seite 87
160. Ordnungsbehördliche Verordnung vom 5. März 2014 über die Teilaufhebung der Verordnung über die „Landschaftsschutzgebiete im Bereich der Bundesstadt Bonn“ (einschließlich zwei Karten) Seite 87
161. Ordnungsbehördliche Verordnung vom 5. März 2014 über die Teilaufhebung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Rheinufer“ im Bereich der Bundesstadt Bonn (einschließlich Karte) Seite 91
162. Genehmigungsverfahren gemäß BImSchG und UVPG für die Firma Shell Deutschland Oil GmbH, Werk Süd, Olefinanlage 2 A/B (Anl. Nr. 0016) Seite 93

C Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

163. Bekanntgabe nach § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) zur UVP-Pflicht für die Befestigung des Anrollstreifens auf der Ostseite des Segelfluggeländes in Radevormwald Seite 93
164. Einladung zur 76. Sitzung der Verbandsversammlung des „Zweckverband Aachener Verkehrsverbund“ Seite 93
165. Aufgebot von Sparkassenbüchern
h i e r: Sparkasse Aachen Seite 94
166. Kraftloserklärung von Sparkassenbüchern
h i e r: Sparkasse Aachen Seite 94

E Sonstige Mitteilungen

167. Liquidation
h i e r: Verein der Freunde und Förderer der Gemeinschaftshauptschule der Stadt Bergheim in Niederaußem Seite 94
168. Liquidation
h i e r: Verein der Freunde und Förderer der Gemeinschaftsgrundschule Heinsberg II Schafhausen-Unterbruch e.V. Seite 94
169. Berichtigung zum Amtsblatt Nr. 10/2014, Amtlicher Teil, S. 79, lfd. Nr. 147 Seite 94

B Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

158. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz im Regierungsbezirk Detmold

Zwischen der Stadt Bielefeld und den Kreisen Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Paderborn und Minden-Lübbecke nachfolgend Beteiligte genannt – und der Stadt Köln wird gemäß den §§ 1 und 23 ff des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG) vom 1. Oktober 1979 (GV. NW. S. 621) in der zurzeit geltenden Fassung folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen:

§ 1

(1) Die Stadt Köln übernimmt für die oben genannten Beteiligten die Entscheidung über die Erteilung von Erlaubnissen zur Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung (einschließlich der Kenntnisüberprüfung und Erlaubniserteilung bzw. -versagung) gemäß § 1 Absatz 1 des Gesetzes über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung (Heilpraktikergesetz) vom 17. Februar 1939 (Reichsgesetzblatt I S. 251) in Verbindung mit § 2 Absatz 1 der Ersten Durchführungsverordnung zum Gesetz über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung vom 18. Februar 1939 (Reichsgesetzblatt I S. 259) in der jeweils geltenden Fassung. Dazu gehört auch das Rechtsbehelfsverfahren.

Hinweis

Dieser Ausgabe liegt kein Öffentlicher Anzeiger bei.

Das Recht und die Pflicht zur Erfüllung dieser Aufgaben gehen von den oben genannten Beteiligten auf die Stadt Köln über (§ 23 Abs. 2 S. 1 GkG).

(2) Dies gilt auch für die Entscheidungen über die Erteilung von Erlaubnissen nach den o. a. Vorschriften, die eingeschränkt werden auf den Bereich der Psychotherapie.

(3) Dies gilt ausdrücklich nicht für Entscheidungen über die Erteilung von Erlaubnissen nach den o. a. Vorschriften, die eingeschränkt werden auf den Bereich der Physiotherapie oder eventuell neu hinzukommende Bereiche anderer medizinischer Gesundheitsfachberufe (z. B.: Ergotherapie, Podologie etc.).

(4) Sonstige Zuständigkeiten nach den vorgenannten Vorschriften, insbesondere auch die Rücknahme der Erlaubnis gemäß § 7 der Ersten Durchführungsverordnung zum Gesetz über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung vom 18. Februar 1939, bleiben von dieser Vereinbarung unberührt.

§ 2

Die Stadt Köln verpflichtet sich, die für die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung notwendigen materiellen und personellen Voraussetzungen zu gewährleisten.

§ 3

Sofern Anträge auf Erteilung der Heilpraktikererlaubnis bei den Beteiligten eingereicht werden, nehmen diese sie entgegen und leiten sie ungeprüft an die Stadt Köln weiter.

§ 4

(1) Die Antrags- und Überprüfungsakten werden von der Stadt Köln geführt. Sie werden auf Anforderung an die nach § 3 Absatz 1 Nr. 2 VwVfG zuständige Behörde bis zum Abschluss des dortigen Verfahrens abgegeben.

(2) Die nach § 3 Absatz 1 Nr. 2 VwVfG zuständige Behörde sowie die Behörde, in der der Antragsteller seinen gewöhnlichen Wohnsitz hat, erhalten nach Überprüfung und Abschluss des Verfahrens eine Durchschrift des ergangenen Bescheides.

§ 5

Die im Rahmen der Aufgabenerledigung anfallenden Gebühren für die Kenntnisüberprüfungen sowie die Erlaubniserteilungen bzw. -versagungen stehen der Stadt Köln als Ausgleich für die entstehenden Verwaltungskosten in voller Höhe zu.

§ 6

(1) Die obengenannten Beteiligten verpflichten sich, die auf Seiten der Stadt Köln durch die vorgenannte Aufgabenwahrnehmung entstehenden, nicht durch Gebühren abgedeckten, Kosten in Form einer pauschalisierten Entschädigungsregelung (§ 23 Abs. 4 GkG) zu übernehmen. Die Berechnung der jährlichen Pauschale richtet sich wie folgt nach der jeweils letzten vom Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (it.nrw) veröffentlichten Einwohnerzahl der Beteiligten:

Stadt/Kreis	Einwohner Stand 30. Juni 2012	Umlage pro Jahr = 1160,91 € je 100 000 Ew
Bielefeld	327 664	3 803,89 €
Gütersloh	351 211	4 077,25 €
Herford	249 638	2 898,08 €
Höxter	144 346	1 675,73 €
Lippe	347 199	4 030,67 €
Paderborn	295 584	3 431,47 €
Minden-Lübbecke	310 553	3 605,25 €
Insgesamt	2 026 195	23 522,34 €

Die Überweisung der Pauschale wird jeweils zum 1. Juli eines Jahres fällig.

(2) Sollte in dem abgelaufenen Berechnungszeitraum (1. Juli eines Jahres bis 30. Juni eines Jahres) ein Defizit entstanden sein, so ist die Stadt Köln berechtigt, von den Beteiligten eine Erstattung entsprechend des Verteilungsschlüssels zu fordern. Ebenso verpflichtet sich die Stadt Köln, einen Überschuss entsprechend zu erstatten. Die Stadt Köln ist verpflichtet, auf Verlangen eines Beteiligten diesem die Kostenberechnung darzulegen.

(3) Die Stadt Köln überprüft jährlich, ob die durch die o. a. Aufgabenwahrnehmung entstehenden Kosten durch die von den Beteiligten gezahlten Pauschalen gedeckt sind. Ergibt sich dabei eine Kostenüber- oder unterdeckung, so ist die Stadt Köln im Falle einer Kostenüberdeckung verpflichtet und im Falle einer Kostenunterdeckung berechtigt, im darauf folgenden Jahr ab 1. Juli die Pauschale entsprechend anzupassen, so dass eine Kostendeckung erreicht wird. Die Stadt Köln ist verpflichtet, auf Verlangen eines Beteiligten diesem die Kostenberechnung darzulegen.

§ 7

Diese öffentlich-rechtliche Vereinbarung wird, beginnend mit dem 1. Januar 2014, auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann von jedem Beteiligten sowie von der Stadt Köln mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich gekündigt werden, erstmals nach zwei Jahren.

§ 8

Diese öffentlich-rechtliche Vereinbarung tritt am Tage nach der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln in Kraft.

Köln, den 31. Januar 2014	Bielefeld, den 12. November 2013
gez. R o t e r s Oberbürgermeister	gez. C l a u s e n Oberbürgermeister
gez. H e n r i e t t e R e k e r Dezernentin	gez. A n j a R i t s c h e l Dezernentin
Köln, den 31. Januar 2014	Gütersloh, den 20. Dezember 2013

gez. Roters Oberbürgermeister	gez. Sven-Georg A d e n a u e r Landrat
gez. Henriette Reker Dezernentin	gez. Thomas K u h l b u s c h Fachbereichsleiter
Köln, den 31. Januar 2014	Herford, den 16. Dezember 2013
gez. Roters Oberbürgermeister	gez. M a n z Landrat
gez. Henriette Reker Dezernentin	gez. H e e m e i e r Kreisdirektor
Köln, den 31. Januar 2014	Höxter, den 16. Dezember 2013
gez. Roters Oberbürgermeister	gez. Friedhelm S p i e k e r Landrat
gez. Henriette Reker Dezernentin	gez. Dr. med. Ronald W o l t e r i n g Fachbereichsleiter
Köln, den 31. Januar 2014	Detmold, den 16. Januar 2014
gez. Roters Oberbürgermeister	gez. H e u w i n k e l Landrat
gez. Henriette Reker Dezernentin	gez. Dr. S c h a r p e n b e r g Fachbereichsleiterin
Köln, den 31. Januar 2014	Paderborn, den 5. November 2013
gez. Roters Oberbürgermeister	gez. M ü l l e r Landrat
gez. Henriette Reker Dezernentin	gez. B e n i n d e Dezernent
Köln, den 31. Januar 2014	Minden, den 17. Dezember 2013
gez. Roters Oberbürgermeister	gez. Dr. N i e r m a n n Landrat
gez. Henriette Reker Dezernentin	gez. S c h ö d e r Kreisdirektorin

Genehmigung

Zwischen der Stadt Bielefeld, den Kreisen Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Paderborn und Minden-Lübbecke und der Stadt Köln ist gemäß den Vorschriften der §§ 1 und 23 ff des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) in der zurzeit geltenden Fassung (SGV NRW 202) die vorstehende öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz im Regierungsbezirk Detmold abgeschlossen worden.

Diese Vereinbarung wird hiermit gemäß § 24 Abs. 2 GkG NRW i. V. m. § 29 GkG NRW aufsichtsbehördlich genehmigt sowie gemäß § 24 Abs. 3 Satz 1 GkG NRW bekannt gemacht.

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung wird gemäß § 24 Abs. 4 GkG NRW i. V. m. § 8 des Vereinbarungstextes am Tage nach ihrer Bekanntmachung in diesem Veröffentlichungsblatt wirksam.

Köln, den 10. März 2014

Bezirksregierung Köln
Az.: 31.1.1.6.3-377

Im Auftrag
gez. B a l l a s t

ABl. Reg. K 2014, S. 85

159. Vermessungsgenehmigung II / Erteilung Dipl.-Ing. Horst Müller / Vermessungstechniker Manfred Otto

Bezirksregierung Köln

Az.: 31.2/2416/7160/072/14

Köln, den 18. Februar 2014

Dem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur Dipl.-Ing. Horst Müller, Sieglarer Straße 6, 53840 Troisdorf, habe ich gemäß Abschnitt B Nr. 5 des Runderlasses des Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten des Landes Nordrhein-Westfalen vom 5. April 1962 in der Fassung vom 30. Juni 1982 (SMBL. NRW. 71342) die Genehmigung zum 1. Februar 2014 erteilt, unter seiner Leitung und Aufsicht den Vermessungstechniker Manfred Otto zur Mitwirkung bei Katastervermessungen heranzuziehen (Vermessungsgenehmigung II).

Im Auftrag
gez. L u x

ABl. Reg. K 2014, S. 87

160. Ordnungsbehördliche Verordnung vom 5. März 2014 über die Teilaufhebung der Verordnung über die „Landschaftsschutzgebiete im Bereich der Bundesstadt Bonn“

Aufgrund des § 22 Abs. 1 und 2 und des § 26 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542) in Verbindung mit § 42a Abs. 1 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz – LG) in der geltenden Fassung (SGV. NRW. 791) und der §§ 12, 27 und 34 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz NRW – OBG) in der geltenden Fassung (SGV. NRW. 2060) verordnet die Bezirksregierung Köln:

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

Die ordnungsbehördliche Verordnung über die Landschaftsschutzgebiete in der Bundesstadt Bonn vom

29. Januar 2007 veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 5 vom 5. Februar 2007 für den Regierungsbezirk Köln, wird in den folgenden zwei Teilbereichen aufgehoben:

- Bereich Stadtgebiet Bonn-Kessenich, Rosenberg (Teilbereich des hochgelegenen Baukomplexes der Rosenberg (Gemarkung Kessenich, Flur 12, Flurstück 636 teilweise)
- Bereich Stadtgebiet Bonn-Friesdorf, Annaberger Straße (Gemarkung Friesdorf, Flur 8, Flurstück 484 und Gemarkung Friesdorf, Flur 10, Flurstück 1053)

Die Lage der beiden aufgehobenen Flächen sind in den Anlagen 1 und 2 zu dieser Verordnung in Karten im Maßstab 1:2500 bzw. 1:1000 mit Kreuz-Schraffur dargestellt.

Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung.

Die Verordnung mit der Anlage kann während der Dienststunden bei folgenden Behörden eingesehen werden:

- a) Bezirksregierung Köln
 - Höhere Landschaftsbehörde –
Zeughausstraße 2–10
50667 Köln
- b) Stadt Bonn
 - Untere Landschaftsbehörde –
Berliner Platz 2
53103 Bonn

§ 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt gemäß § 33 Absatz 2 OBG eine Woche nach dem Tag ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln in Kraft.

Verfahrens- und Formvorschriften

Hinweis gemäß § 22 Absatz 2 Satz 1 BNatSchG in Verbindung mit § 42a Absatz 4 LG

Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des Landschaftsgesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes kann gegen diese ordnungsbehördliche Verordnung nach Ablauf eines Jahres nach ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) die ordnungsbehördliche Verordnung ist nicht ordnungsgemäß verkündet worden oder
- b) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Landschaftsbehörde, die die Verordnung erlassen hat, vorher gerügt und die dabei verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Köln, den 5. März 2014

Bezirksregierung Köln
Az.: 51.1-7 BN 1 und 2

gez. **W a l s k e n**

**Ordnungsbehördliche Verordnung
über die Teilaufhebung der
Ordnungsbehördlichen Verordnung über die
"Landschaftsschutzgebiete in der
Bundesstadt Bonn"
vom 29.01.2007**

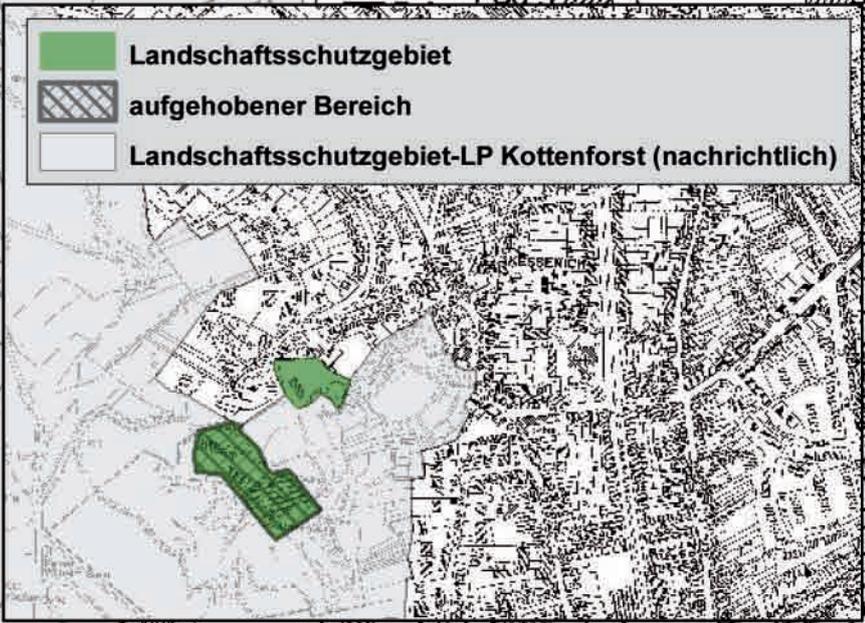
-  Landschaftsschutzgebiet
-  aufgehobener Bereich
-  Landschaftsschutzgebiet-LP Kottenforst (nachrichtlich)

Kartengrundlage: Deutsche Grundkarte
Geobasisdaten der Kommunen und
des Landes NRW©Geobasis NRW, 2014
Maßstab: 1: 2500

Anlage1 zur Verordnung vom 05. März 2014

Bezirksregierung Köln
-Höhere Landschaftsbehörde-
Az.: 51.2-1.2-BN/Rosenburg

-  Landschaftsschutzgebiet
-  aufgehobener Bereich
-  Landschaftsschutzgebiet-LP Kottenforst (nachrichtlich)



Ordnungsbehördliche Verordnung
über die Teilaufhebung der
Ordnungsbehördlichen Verordnung über die
"Landschaftsschutzgebiete in der
Bundesstadt Bonn"
vom 29.01.2007

-  Landschaftsschutzgebiet
-  aufgehobener Bereich
-  Landschaftsschutzgebiet-LP Kottenforst (nachrichtlich)

Kartengrundlage: Deutsche Grundkarte
Geobasisdaten der Kommunen und
des Landes NRW©Geobasis NRW, 2014
Maßstab: 1: 1000

Anlage 2 zur Verordnung vom 05. März 2014

Bezirksregierung Köln
-Höhere Landschaftsbehörde-
Az.: 51.2-1.2-BN/Annaberger Straße

-  Landschaftsschutzgebiet
-  aufgehobener Bereich
-  Landschaftsschutzgebiet-LP Kottenforst (nachrichtlich)



**161. Ordnungsbehördliche Verordnung vom
5. März 2014 über die Teilaufhebung der
Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet
„Rheinufer“ im Bereich der Bundesstadt Bonn**

Aufgrund des § 22 Abs. 1 und 2 und des § 26 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542) in Verbindung mit § 42a Abs. 1 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz – LG) in der geltenden Fassung (SGV. NRW. 791) und der §§ 12, 27 und 34 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz NRW – OBG) in der geltenden Fassung (SGV. NRW. 2060) verordnet die Bezirksregierung Köln:

§ 1
Räumlicher Geltungsbereich

Die ordnungsbehördliche Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Rheinufer“ in der Stadt Bonn vom 22. Juli 2002 veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 31 vom 5. August 2002 für den Regierungsbezirk Köln, wird in dem folgenden Teilbereich aufgehoben:

– Bereich Stadtgebiet Bonn, Adenauerallee (Teilbereich des Flurstückes 424 in der Gemarkung Bonn, Flur 24)

Die Lage der aufgehobenen Fläche ist in der Anlage zu dieser Verordnung in einer Karte im Maßstab 1:1000 mit Kreuz-Schraffur dargestellt.

Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung.

Die Verordnung mit der Anlage kann während der Dienststunden bei folgenden Behörden eingesehen werden:

- a) Bezirksregierung Köln
 - Höhere Landschaftsbehörde –
 - Zeughausstraße 2–10
 - 50667 Köln
- b) Stadt Bonn
 - Untere Landschaftsbehörde –
 - Berliner Platz 2
 - 53103 Bonn

§ 2
Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt gemäß § 33 Absatz 2 OBG eine Woche nach dem Tag ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln in Kraft.

Verfahrens- und Formvorschriften

Hinweis gemäß § 22 Absatz 2 Satz 1 BNatSchG in Verbindung mit § 42a Absatz 4 LG

Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des Landschaftsgesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes kann gegen diese ordnungsbehördliche Verordnung nach Ablauf eines Jahres nach ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) die ordnungsbehördliche Verordnung ist nicht ordnungsgemäß verkündet worden oder
- b) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Landschaftsbehörde, die die Verordnung erlassen hat, vorher gerügt und die dabei verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Köln, den 5. März 2014

Bezirksregierung Köln
Az.: 51.2-1.2 BN

gez. **Wal s k e n**

ABl. Reg. K 2014, S. 91

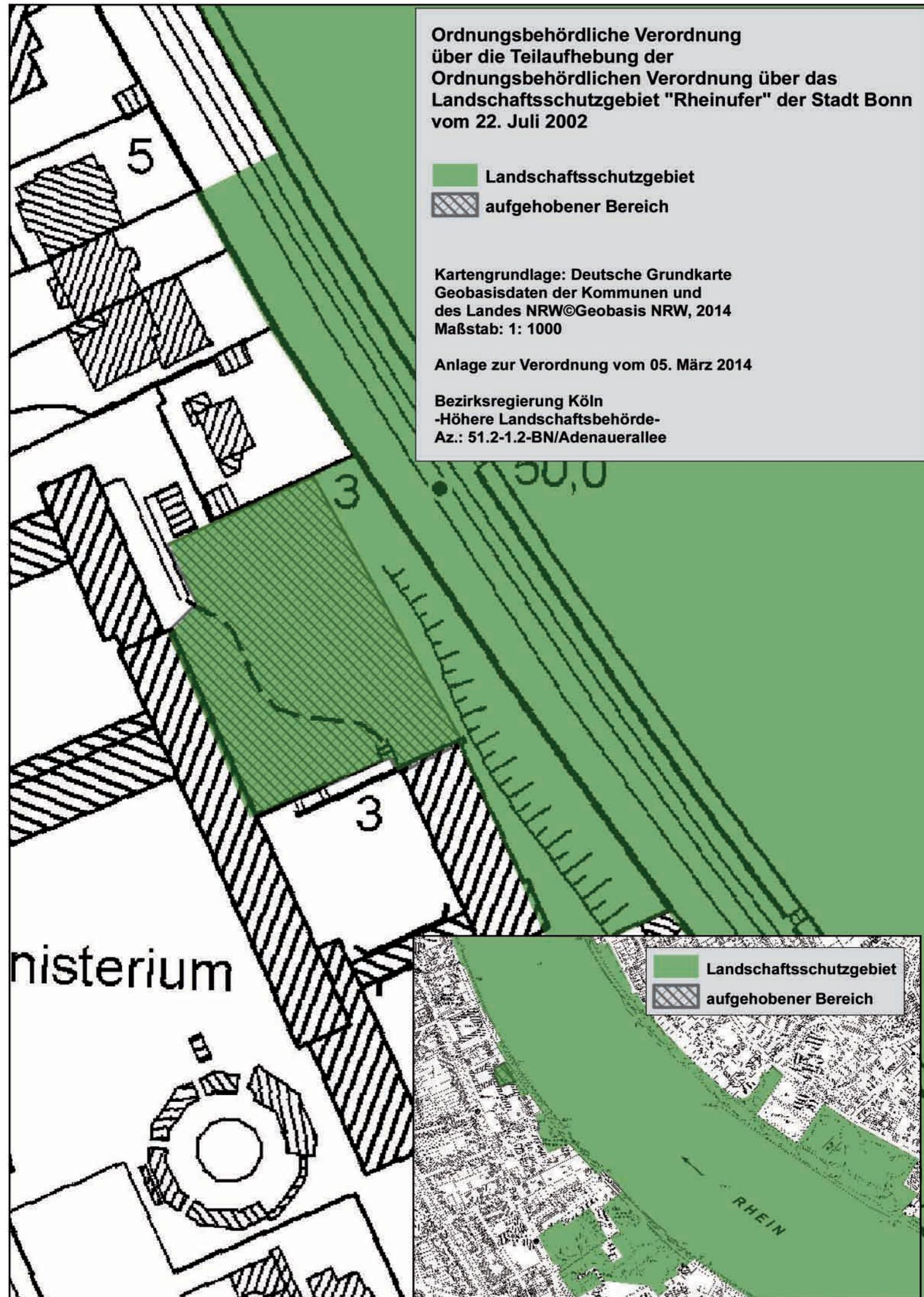
Ordnungsbehördliche Verordnung
über die Teilaufhebung der
Ordnungsbehördlichen Verordnung über das
Landschaftsschutzgebiet "Rheinufer" der Stadt Bonn
vom 22. Juli 2002

-  Landschaftsschutzgebiet
-  aufgehobener Bereich

Kartengrundlage: Deutsche Grundkarte
Geobasisdaten der Kommunen und
des Landes NRW©Geobasis NRW, 2014
Maßstab: 1: 1000

Anlage zur Verordnung vom 05. März 2014

Bezirksregierung Köln
-Höhere Landschaftsbehörde-
Az.: 51.2-1.2-BN/Adenauerallee



**162. Genehmigungsverfahren gemäß
BImSchG und UVPG für die
Firma Shell Deutschland Oil GmbH, Werk Süd,
Olefinanlage 2 A/B (Anl. Nr. 0016)**

Bezirksregierung Köln
Az.: 53.8851.4.1.1-16-149/13-Ru

Köln, den 28. Februar 2014

Gemäß § 3a Satz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 5. September 2001 (BGBl. I S. 2350) in der zurzeit gültigen Fassung (BGBl. III/FNA 2129-20) wird hiermit folgendes bekannt gegeben:

Die Firma Shell Deutschland Oil GmbH, Werk Wesseling, Ludwigshafener Straße 1, 50389 Wesseling hat folgendes Vorhaben auf dem Grundstück 50398 Wesseling, Ludwigshafener Straße 1, Gemarkung Urfeld, Flur 5, Flurstück 116 beantragt:

„Antrag nach § 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) zur wesentlichen Änderung der Olefinanlage 2 A/B (Anlagennr.: 0016) der Firma Shell Deutschland Oil GmbH im Werk Süd. Der Genehmigungsantrag beinhaltet im Wesentlichen den Umbau der Spaltöfen; Außerbetriebnahme der Olefinanlage 2B; Anpassung der nachgeschalteten Prozeßanlagen, Maßnahmen zur Verbesserung der Anlagensicherheit“.

Bei der o. a. Anlage handelt es sich um eine Anlage nach Nr. 4.2 Spalte 2 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG). Für das beantragte Vorhaben war daher nach § 3e und der Anlage 2 zum UVPG zu prüfen, ob das Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann.

Die Prüfung der Vorhaben hat ergeben, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Im Auftrag
gez. R u c m a n

ABL. Reg. K 2014, S. 93

**C Rechtsvorschriften und
Bekanntmachungen anderer Behörden
und Dienststellen**

**163. Bekanntgabe nach § 3a des Gesetzes über
die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) zur
UVP-Pflicht für die Befestigung des Anrollstreifens
auf der Ostseite des Segelfluggeländes in
Radevormwald**

Bezirksregierung Düsseldorf
Az.: 26.01.01.03 SFG Radevormwald

Düsseldorf, den 24. Februar 2014

Die Flugplatzgemeinschaft Berg-Mark e. V. hat mit Schreiben vom 11. Dezember 2013 geplante Sanierungs-

arbeiten des Anrollstreifens auf der Ostseite des Platzes auf seinem Segelfluggelände in Radevormwald gemäß § 41 Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung (LuftVZO) bei der Bezirksregierung Düsseldorf als zuständige Luftfahrtbehörde angezeigt. Grund sind Probleme, bedingt durch die starke Versumpfung des Platzes nach Regenperioden, vor allem im Frühjahr.

Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c UVPG (i. V. mit Ziffer 14.12.2 der Anlage 1 zum UVPG) hat ergeben, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch das Vorhaben nicht zu erwarten sind.

Bei der Maßnahme handelt es sich um eine unwesentliche Änderung, die keines luftrechtlichen Genehmigungs- oder Planfeststellungsverfahrens bedurfte.

Die Feststellung des UVP-Verzichtes – im Rahmen eines entsprechenden luftrechtlichen Bescheides gegenüber der Flugplatzgemeinschaft Berg-Mark e. V. vom 24. Februar 2014 – ist gemäß § 3a Satz 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar. Die Entscheidung wird hiermit gemäß § 3a Satz 2 UVPG bekannt gegeben.

Bezirksregierung Düsseldorf
– Luftverkehrsdezernat –

Im Auftrag
gez. K r u s e

ABL. Reg. K 2014, S. 93

**164. Einladung zur 76. Sitzung der
Verbandsversammlung des „Zweckverband
Aachener Verkehrsverbund“**

am Mittwoch, 19. März 2014, 10.30 Uhr im Kreishaus
Düren, Bismarckstraße 16, 52351 Düren, Raum B130

Tagesordnung

- I. Öffentliche Sitzung
- Top 1 Genehmigung der Niederschrift der 75. Sitzung der Verbandsversammlung am 4. Dezember 2013
- Top 2 Mitteilungen und Anfragen
- Top 3 Haushaltssatzung 2014
- Top 4 Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW
 - 4.1 Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW für das Jahr 2013
 - 4.2 Vorhabensplan für das Förderjahr 2014 gem. AVV-Richtlinie zur Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW
- Top 5 Tarifliche Angelegenheiten
 - 5.1 Preisstellung Flugs-Ticket und City-XL-Ticket Aachen ab 1. April 2014
 - 5.2 Preisstellung euregoticket ab 1. April 2014 (geänderter Vorschlag)
 - 5.3 Sachstand „Tarifverbund Rheinland“

Top 6 Einführung eines e-Ticketing im Verkehrsgebiet des AVV

Top 7 Fahrplanmaßnahmen

Top 8 Verschiedenes

8.1 Regionalkonzession Provinz Limburg (NL)

8.2 Hinweise zur Neubenennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern bzw. zur Neuwahl des Vorsitzenden und der beiden stellvertretenden Vorsitzenden der Verbandsversammlung, zur Neuwahl des Verbandsvorstehers und der beiden stellvertretenden Verbandsvorsteher des Zweckverband AVV sowie zur Neubesetzung der NVR-Gremien infolge der NRW-Kommunalwahl im Mai 2014

8.3 Sachstand Jahresabschluss 2012

II. Nichtöffentliche Sitzung

Top 9 Mitteilungen und Anfragen

Top 10 Jahresabschluss zum 31.12.2013

Top 11 Vergabeverfahren für das ÖSPV-Angebot im AVV ab Dezember 2017

Top 12 Vergabeverfahren im SPNV des Nahverkehr Rheinland (NVR)

Aachen, den 7. März 2014

gez. Roland J a h n
Vorsitzender der Verbandsversammlung

ABl. Reg. K 2014, S. 93

**165. Aufgebot von Sparkassenbüchern
h i e r : Sparkasse Aachen**

Zum Zwecke der Kraftloserklärung werden die abhanden gekommenen Sparkassenbücher der Sparkasse Aachen zu folgenden Konten aufgeboten: Kontonummer: 3071847481, 301886859, 3071633576.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, seine Rechte unter Vorlage des Sparkassenbuches bis zum

26. Mai 2014

beim Vorstand der Sparkasse Aachen, Friedrich-Wilhelm-Platz 1-4, 52062 Aachen, anzumelden, da andernfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Aachen, den 26. Februar 2014

Sparkasse Aachen
Der Vorstand

ABl. Reg. K 2014, S. 94

**166. Kraftloserklärung von Sparkassenbüchern
h i e r : Sparkasse Aachen**

Gemäß AVV zum Sparkassengesetz NRW werden hiermit die Sparkassenbücher der Sparkasse Aachen zu

folgenden Konten für kraftlos erklärt: Kontonummer: 399707124, 3071805315, 330017633.

Aachen, den 5. März 2014

Sparkasse Aachen
Der Vorstand

ABl. Reg. K 2014, S. 94

E Sonstige Mitteilungen

167. Liquidation

**h i e r : Verein der Freunde und Förderer der
Gemeinschaftshauptschule der Stadt Bergheim
in Niederaußem**

Der Verein der Freunde und Förderer der Gemeinschaftshauptschule der Stadt Bergheim in Niederaußem hat auf seiner Hauptversammlung der Mitglieder seine Auflösung zum 10. Februar 2014 beschlossen.

Gläubiger werden gebeten, ihre Ansprüche bei den Liquidatoren Ursula Keulertz, Nikolaus-Adam-Straße 10, 50129 Bergheim, Bärbel Klütsch, Auf dem Driesch 34, 50129 Bergheim, Hermann-Josef Rott, Arnikaweg 23, 50129 Bergheim anzumelden.

Die Liquidatoren

ABl. Reg. K 2014, S. 94

168. Liquidation

**h i e r : Verein der Freunde und Förderer der
Gemeinschaftsgrundschule Heinsberg II
Schafhausen-Unterbruch e.V.**

Der „Verein der Freunde und Förderer der Gemeinschaftsgrundschule Heinsberg II, Schafhausen-Unterbruch e.V.“ ist aufgelöst. Die Gläubiger des Vereins werden aufgefordert, sich bei ihm zu melden.

Die Liquidatoren

ABl. Reg. K 2014, S. 94

**169. Berichtigung zum Amtsblatt Nr. 10/2014
Amtlicher Teil, S. 79, lfd. Nr. 147**

In der Veröffentlichung vom 10. März 2014

**„Allgemeinverfügung
-Abschlussplanung für Rehwild -“**

muß die Überschrift richtig heißen:

**„Allgemeinverfügung
-Abschussplanung für Rehwild -“**

Köln, den 11. März 2014

Bezirksregierung Köln
- Amtsblattstelle -

ABl. Reg. K 2014, S. 94

NRW UMWELTSCHUTZ
Das
Grüne
Telefon:

**0221/
1472222**



Eine Information der Landesregierung

Einzelpreis dieser Nummer 0,24 €

Einrückungsgebühren für die zweigespaltene Zeile oder deren Raum 1,00 €.
Bezugspreis mit Öffentlichem Anzeiger halbjährlich 9,- €.

Bestellungen von Einzelexemplaren werden mit 3,50 € berechnet.

Abbestellungen müssen bis zum 30. 04. bzw. 31. 10. eines jeden Jahres bei der Firma Böhm Mediendienst GmbH vorliegen.
Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von 4 Wochen nach Erscheinen anerkannt.

Bezug und Einzellieferungen durch Böhm Mediendienst GmbH, Hansaring 10, 50670 Köln, Telefon (02 21) 9 22 92 63-0,
eMail: info@boehm.de, www.boehm.de/amtsblatt.
Die Anschriften der Bezieher werden EDV-mäßig erfasst.

Redaktionsschluss: Montag, 12 Uhr.

Herausgeber und Verleger: Bezirksregierung Köln, Postfach 10 15 48, 50606 Köln.

Produktion: Böhm Mediendienst GmbH, Hansaring 10, 50670 Köln, Telefon (02 21) 9 22 92 63-0.